



Zukunftsforum Schule

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

Inhalt

I.	Einführung	3
II.	Den Schüler_innen gerecht werden: Schule im Wandel	4
III.	Was soll und kann Bildung leisten? Bildungsverständnisse des 21. Jahr- hunderts	7
IV.	Mehr Selbstständigkeit und weniger Staat – ein Erfolgsmodell für Schulen?	10
V.	Das digitale Klassenzimmer	13
VI.	Wer bildet da eigentlich aus?	16
VII.	Nix erreicht oder nur schlecht vermarktet?	20
VIII.	Schlusswort	22

IMPRESSUM

Copyright by Friedrich-Ebert-Stiftung 2019
Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin
Abt. Studienförderung
Redaktion: Dr. Martin Pfafferoth, Marion Stichler, Gilbert Knies
Zeichnung (Seite 1) © 2019, Johannes Beck, minus Design
Gestaltung & Satz: minus Design, Berlin

Autorin: Katja Irle
Bildungs- und Wissenschaftsjournalistin

I. Einführung

Mit dem Zukunftsforum Schule hat die Friedrich-Ebert-Stiftung von Herbst 2018 bis Frühjahr 2019 ein Gesprächsformat geschaffen, das jenseits von Alltagsroutine und Tagespolitik Raum für innovative Gedanken und neue Konzepte zur Schulpolitik geben soll. Ziel war, in insgesamt sechs Veranstaltungen relevante Aspekte der Bildung auf unterschiedlichen Ebenen zu diskutieren, Meinungen auszutauschen, Positionen zu hinterfragen und neue Ideen zu entwickeln. Dabei hat die kleine Denkfabrik auch auf Expertinnen und Experten jenseits der Sozialdemokratie und ihren bildungspolitischen Akteuren gesetzt.

Beim Austausch mit jeweils wechselnden Inputgeber_innen aus Wirtschaft, Politik und schulischer Praxis sind Handlungsempfehlungen entstanden, die neue bildungspolitische Impulse geben können.

Hintergrund der Debatten waren sowohl alte als auch neue Herausforderungen in der Bildungspolitik. So ist etwa das Thema Bildungsgerechtigkeit seit Jahrzehnten eine Dauerbaustelle deutscher Schulpolitik. Vor dem Hintergrund zunehmender Heterogenität in allen Schulformen sowie Digitalisierung ergeben sich aber auch neue Fragen und Optionen: Welche Möglichkeiten bieten digitale Konzepte mit Blick auf individuelle Förderung von Schüler_innen und kooperatives Lernen? Wann hilft Digitalisierung, Bildungsungleichheiten abzubauen und wann verstärkt sie die Segregation im Bildungssystem?

Weitere Kernfragen waren: Wie gelingt es der Sozialdemokratie, ihre Kernkompetenz in Sachen Bildung wieder herauszustellen? Wie muss sich die Ausbildung der Lehrer_innen verändern? Wie bereiten sie Schüler_innen auf die moderne, digitale Arbeitswelt vor? Wie viel Autonomie sollen Schulen für innovative Lehr- und Lernkonzepte erhalten? Wie lassen sich demokratische Grundwerte in Zeiten zunehmender gesellschaftlicher Spaltung und Polarisierung vermitteln? Auf welchem Bildungsverständnis basiert die Schule der Zukunft? Und: Wie sieht eine gerechte Schule aus, die Kindern unabhängig von ihrer Herkunft annähernd gleiche Bildungschancen bietet?

II. Den Schüler_innen gerecht werden: Schule im Wandel

Individuelle Bildungschancen hängen in Deutschland immer noch stark von der Herkunft ab. Kinder und Jugendliche aus so genannten bildungsfernen Familien erreichen seltener hohe Bildungsabschlüsse als Schüler_innen aus Akademikerhaushalten. Bisher ist es dem Bildungssystem nicht gelungen, diese Benachteiligung auszugleichen. Im Gegenteil: Durch das selektive System wird der Effekt teilweise noch verstärkt.

Aber wie kann Schule allen Schüler_innen gerecht werden? Wie verhindern Lehrer_innen, dass Kinder ausgegrenzt und beschämt werden? Welche Weichen muss die Bildungspolitik stellen, damit alle annähernd gleiche Bildungschancen haben? Und: Wie sieht die „gerechte Schule“ der Zukunft aus Sicht der Schüler_innen aus? Welche Wünsche und Erwartungen haben sie?

THESEN UND IDEEN:

- ◆ Je stärker die Hierarchie im Schulsystem, desto größer die Gefahr sozialer Benachteiligung.
- ◆ Quotierungen und Sozialindizes könnten helfen, strukturelle soziale Benachteiligung abzubauen bzw. zu vermeiden. Möglich wären finanzielle und personelle Anreize für Schulen, die mit ihrer Schüler_innenschaft nicht auf Homogenität setzen, sondern gesellschaftliche Vielfalt bewusst abbilden.
- ◆ Schulen brauchen multiprofessionelle Teams und Doppelbesetzung in den Klassen, um Schüler_innen individueller zu fördern. „Doppelt“ muss nicht heißen „zwei Lehrer_innen“, sondern auch andere Professionen können unterstützen.
- ◆ Schulen müssen weg vom Frontalunterricht, hin zu modernen Lehrmethoden, die bessere individuelle Förderung ermöglichen.
- ◆ Digitalisierung kann durch individualisierte Lernprogramme helfen, Ungerechtigkeit und Ungleichheit abzubauen. Dafür braucht es aber eine kontinuierliche Aus- und Fortbildung von Lehrer_innen.
- ◆ Sprachsensibler Unterricht muss in der Lehrer_innen-Ausbildung und in der Unterrichtspraxis besser verankert werden.
- ◆ Wir brauchen eine neue Diskussion über Leistungsbewertung und Notengebung. Bisher basiert die Bewertung ausschließlich auf der Leistung der Schüler_innen. Gefragt wird aber nicht, wie das Ergebnis zustande kommt. Unterrichtsqualität und Lehrerprofessionalität spielen keine Rolle.

- ◆ Die Perspektive der Schüler_innen kommt zu kurz. Sie sollten z.B. ihren Lehrer_innen anonym Feedback geben und so ihre Vorstellung von gutem und chancengerechtem Unterricht einbringen können.

„VERACHTET UND GEDEMÜTIGT“

Stefan Wellgraf, Professor für Kulturanthropologie an der **Universität Hamburg**, forscht seit vielen Jahren über soziale Selektion und Gefühle der Minderwertigkeit. Unter anderem hat er Feldstudien an Berliner Hauptschulen durchgeführt. In seinem Buch „Schule der Gefühle“ fragt der Wissenschaftler nach Emotionen und Affekten, die ein exkludierendes Bildungssystem seiner Ansicht nach hervorbringt. Ausgrenzung wird nach Wellgrafs Beobachtungen von den Schüler_innen „selten abstrakt in Bezug auf Strukturen sozialer Ungleichheit“ wahrgenommen. Sie erleben Benachteiligung vor allem emotional. Sie reagieren mit Wut auf Lehrer_innen, mit Scham bei schlechten Noten und Angst vor Arbeitslosigkeit – aber auch mit „Stolz und Coolness“. Mehr als 95 Prozent der von Wellgraf beobachteten Schüler_innen kamen aus geflüchteten Familien oder Hartz IV-Haushalten. „Diese Schülerschaft kommt aus der Arbeitslosigkeit und geht in die Arbeitslosigkeit“. Wellgraf berichtet von vernachlässigten Schulen mit verdreckten Pausenhöfen, „gesellschaftlich produzierter Langweile“ im Unterricht, Resignation bei Lehrer_innen und rassistischen Äußerungen, auf die Schüler_innen teilweise mit Wut reagieren. Die meistvergebene Note sei „Ungenügend“ – auch wegen der unentschuldigsten Fehltage vieler Schüler_innen. Wellgraf spricht von „ruinierten Schulen“ und systematischer Ausgrenzung. Schüler_innen würden nicht nur Güter, Ressourcen und Zugangschancen vorenthalten, sondern sie würden auch verachtet und gedemütigt – mit entsprechenden Folgen für soziale Teilhabe und Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

„MITGESTALTEN STATT KONSUMIEREN“

Felix Stephanowitz, stellvertretender **Landeschülersprecher** in Berlin, sieht in der Digitalisierung eine große Chance für eine gerechtere Schule. Mit individualisierten Lernprogrammen könnten Schüler_innen in ihrem eigenen Rhythmus lernen und sofort Rückmeldungen zu ihrem Leistungsstand erhalten. Die Digitalisierung kann Lehrer_innen seiner Einschätzung nach helfen, sich mehr auf einzelne Kinder zu konzentrieren, anstatt im Frontalunterricht „Massen“ zu unterrichten. Felix Stephanowitz fordert außerdem eine gerechtere Leistungsbewertung, die den individuellen Lernfortschritt der Schüler_innen berücksichtigt - anstatt überall den gleichen Maßstab anzulegen. Als wesentliche Aufgabe von Schule sieht Felix Stephanowitz es, soziale bzw. familiär bedingte Benachteiligung auszugleichen. Dafür braucht es Förderung, aber ohne „Sondergruppen“ für Benachteiligte zu bilden. Der Schüler_innenvertreter kritisiert beispielsweise die so genannten Willkommensklassen, in denen geflüchtete Schüler_innen unter sich bleiben. Schüler_innen wünschten sich darüber hinaus, dass Lehrer_innen besser und häufiger ansprechbar sind. Schüler_innen wiederum sollten den Pädagog_innen anonym Feedback geben und so ihre Vorstellungen von gutem Unterricht einbringen können. (Mehr zu den Positionen des Landeschüler_innenausschusses: <https://lsaberlin.de/positions-papiere/>)

WEGE ZU MEHR BILDUNGSGERECHTIGKEIT

Die **DISKUSSION** nahm die Forderung auf, Interessen von Schüler_innen bei der Gestaltung einer gerechteren und demokratischeren Schulstruktur stärker einzubinden. Kritik wurde laut, dass für Schüler_innen bedeutsame Themen häufig mit offiziellen Unterrichtsinhalten kollidieren. Als Beispiel wurden die aktuelle Debatte über den Klimaschutz und die Jugend-Proteste genannt, die sich im Unterricht zu wenig spiegelten. Kontrovers diskutiert wurde die Idee, den Schulbeginn an die Wünsche der Schüler_innen anzupassen – gerade in der Zeit der Pubertät. Dafür spräche, dass Bio- und Lernrhythmus dann möglicherweise besser im Einklang wären. Dagegen spräche, dass Schüler_innen auch in der Phase der Adoleszenz unterschiedliche Bedürfnisse haben, ebenso berufstätige Eltern („Gerechtigkeit heißt nicht, nur dem Langschläfer entgegenzukommen.“).

Um Benachteiligungen bei der Bildung auszugleichen, müssen Schüler_innen individuell gefördert werden. Als Schlüssel für den gemeinsamen Lernerfolg sowie für den des Einzelnen gilt eine gute Betreuungsrelation in den Klassen. In der Debatte wurde aber auch deutlich, dass mehr Lehrer_innen allein nicht automatisch zu einer Schule mit gerechteren Bildungschancen für alle führen. Pädagogen und Pädagoginnen brauchen zusätzlich Unterstützung durch multiprofessionelle Teams (etwa Schulsozialarbeiter_innen) und moderne Lehrmethoden, die digitale Bildung einbinden.

Chancengerechtigkeit bedeutet auch, Ungleiches ungleich zu behandeln. Eine Kernfrage dabei ist: Wie weit darf Ungleichbehandlung gehen? Um die von Stefan Wellgraf beschriebenen „ruinierten Schulen“ erst gar nicht entstehen zu lassen, könnten Sozialindizes helfen. Dies wird in einigen Bundesländern bereits praktiziert, etwa in Hamburg. Damit wird den unterschiedlichen Rahmenbedingungen von Schulen Rechnung getragen. Als gutes Instrument wurden Indizes oder Quotenregelungen aber nur dann angesehen, wenn sie zum einen regelmäßig angepasst werden, und zum anderen nicht zu neuer Ausgrenzung und Benachteiligung führen.

III. Was soll und kann Bildung leisten? Bildungsverständnisse des 21. Jahrhunderts

AUSGANGSFRAGE:

Gesellschaftliche Veränderungen fordern das Bildungssystem immer wieder neu heraus. Aktuell sind das vor allem Digitalisierung, zunehmende Heterogenität in den Schulen und Inklusion. Künftige Generationen von Lehrer_innen, Schüler_innen, Eltern und Bildungspolitiker_innen werden wiederum über neue Aspekte diskutieren. Als Konstante bleibt dabei folgende Frage: Welches Bildungsverständnis haben wir?

THESEN UND IDEEN:

- ◆ Politische Bildung und Demokratieerziehung müssen stärker fächerübergreifend verankert sein. Eine solidarische Gesellschaft braucht Bildung mit Werten.
- ◆ Schüler_innen müssen den eigenen Lernprozess reflektieren und in größeren Zusammenhängen denken. Das heißt: Meta-Lernen und exemplarisches Lernen statt Aneignung rein fachgebundenen Wissens.
- ◆ Es kann sinnvoll sein, Fächergrenzen aufzubrechen und den bisherigen Fächerkanon zu hinterfragen, ohne dabei Basiskompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen in Frage zu stellen.
- ◆ Schule muss Grundbildung für alle sichern. Dabei braucht es eine proaktive Politik zugunsten benachteiligter Schüler_innen.
- ◆ Individuelle Förderung (unterstützt von der Digitalisierung) kann Bildungsbenachteiligungen ausgleichen. Diese Förderung darf aber nicht auf Kosten des kooperativen Lernens gehen.
- ◆ Die klassische Notengebung ist nicht mehr zeitgemäß. Das Argument, die Wirtschaft brauche diese Einordnung, greift nicht. Viele Unternehmen haben eigene Testverfahren. Kompetenz in Teamarbeit, Problemlösung sowie Eigenverantwortung werden wichtiger als Ziffernoten für einzelne Fächer.

„DAS KIND IM MITTELPUNKT“

Judith Bauch leitet die 2008 gegründete Berliner **Gemeinschaftsschule Wilhelm-von-Humboldt**. Die staatliche Einrichtung arbeitet jahrgangsübergreifend und im gebundenen Ganztage. Dabei setzt die Schule sowohl auf individuelles als auch auf kooperatives Lernen, Inklusion sowie projektorientiertes Arbeiten. Mit ihrem Konzept knüpft Judith Bauch an das Bildungsverständnis Humboldts an. „Uns prägt seine Idee der Persönlich-

keitsentwicklung durch Bildung. Deshalb stellen wir das Kind in den Mittelpunkt. Das Wichtigste ist, die Neugierde der Kinder zu erhalten.“

Die Pädagogin kritisiert die mangelnde Reformbereitschaft im Bildungssystem. Während etwa die technische Entwicklung rasant voranschreite, zeige der Blick in die meisten Klassenzimmer wenig Fortschritte. Die moderne Gesellschaft braucht nach Ansicht von Judith Bauch mehr denn je Menschen, die selbständig arbeiten, Dinge hinterfragen und dabei empathisch miteinander umgehen.

Die Schulleiterin stellt das Lernen im 45-Minuten-Takt ebenso in Frage wie staatlich angeordnete Ferien: „Sind feste Zeiten noch zeitgemäß, wenn Kinder in ihrem eigenen Rhythmus lernen?“ Kritisch sieht sie die traditionellen Ziffernoten. Ihre Schule arbeitet stattdessen mit Kompetenzrastern auf verschiedenen Niveaustufen und mit gezieltem Coaching durch die Lehrer_innen. Judith Bauchs Erfahrung ist, dass Schüler_innen dann lernen, ihre eigene Leistung besser zu reflektieren.

„OFFEN FÜR VERÄNDERUNGEN“

Angela Behns-Vespermann schildert aus Sicht der Wirtschaft, welche Kompetenzen Schüler_innen in der modernen Arbeitswelt brauchen und welches Bildungsverständnis dem zugrunde liegt. Sie ist Regionalleiterin der **Siemens Professional Education NorthEast (SPE)** und Vorsitzende des Ausschusses für Bildungspolitik der Unternehmerverbände Berlin-Brandenburg. Die SPE gilt als eine der größten betrieblichen Bildungseinrichtungen in Deutschland. Jedes Jahr bildet die Schule rund 300 Jugendliche nach dem Konzept der dualen Ausbildung in der Metall- und Elektroindustrie aus.

Angela Behns-Vespermann widerspricht der These, die Wirtschaft brauche zwingend schulische Ziffernoten, um Auszubildende aufzunehmen: „Uns interessieren die Noten nicht.“ Stattdessen arbeitet die SPE mit einem eigenen Online-Bewerbungsverfahren, das unter anderem logisches Denken testet. Später setzt die Schule ein Assessmentverfahren ein: „Und erst dann schauen wir auch mal auf die Zeugnisse.“ Die maßgeschneiderte Ausbildung in Zeiten der Digitalisierung beschreibt die gelernte Berufsschullehrerin als „großen Spagat“: „Die Technik ist rasant schnell. Es ist schwer, unsere Mitarbeiter mitzunehmen. Deshalb müssen wir bei der Ausbildung immer schon einen Schritt voraus denken.“ Bei der Frage nach Bildungsverständnis und -inhalten zeigen sich Parallelen zum Bildungsverständnis der staatlichen Humboldt-Gemeinschaftsschule. So hinterfragt die private SPE, ob etwa die jetzige Rolle eines traditionellen Lagerarbeiters oder Zerspanungsmechanikers noch zeitgemäß ist und ob sich die Berufsbilder nicht noch stärker an die Transformation anpassen müssen. Die Schule setzt auf eine projektorientierte Ausbildung, um Teamfähigkeit, selbstorganisiertes Arbeiten sowie Handlungs- und Problemlösungskompetenz zu fördern: „Wir brauchen Leute, die mitdenken, Probleme ohne Anleitung von oben erkennen und offen sind für Veränderungen.“

BILDUNG FÜR EINE SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT

Die **DISKUSSION** fokussierte die Frage, welches Bildungsverständnis dem u.a. durch Digitalisierung vorangetriebenen Wandel in der Schul- und Berufswelt zugrunde liegen sollte. Kontrovers wurde debattiert, ob auch künftig ein fester Bildungskanon nötig ist, an dem sich das Lernen orientiert. Dafür spricht, dass Bildung in der Zukunft nicht nur individuelles und selbständiges Lernen braucht, sondern weiterhin gemeinsame Inhalte als Basis. Dagegen spricht, dass ein Bildungskanon („Wer legt den fest?“) ausgrenzend wirken und Benachteiligung im Schulsystem noch verstärken kann.

Konsens gab es bei der Forderung, dass Bildung auch bzw. gerade in Zeiten des technischen und politischen Wandels von Werten getragen sein muss: „Wir brauchen ein gemeinsames, an Werte gekoppeltes Bildungsverständnis. Die politischen Wege dorthin unterscheiden sich.“ In den Fokus der Schule sollte mehr denn je Demokratieerziehung und politische Bildung rücken, außerdem Empathie-Förderung: „Bildung ist auch Charakterbildung. Eine solidarische Gesellschaft braucht das.“

Diskutiert wurde die Frage nach sozialdemokratischen „Alleinstellungsmerkmalen“ mit Blick auf die Grundpfeiler von Bildung (Wissen, Kompetenzen, Werte, Meta-Lernen). Dabei wurde deutlich, dass die Unterschiede zu anderen bildungspolitischen Konzepten für die Öffentlichkeit oft nicht klar sind. Genannt wurden eine „proaktive Politik zugunsten Benachteiligter“, eine klare kritische Einstellung zu Privatschulen (siehe etwa <https://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/14189.pdf>) oder die Forderung nach einer Schule für alle.

Bildung muss auch in Zukunft auf individualisiertes Lernen setzen, um Bildungsbenachteiligungen auszugleichen und jedes Kind da abzuholen, wo es steht. Klar benannt wurden aber auch die Grenzen individualisierten Lernens: Schule muss auch künftig Ort des kooperativen Lernens sein – gerade mit Blick auf ein Bildungsverständnis, das durch Werte wie Solidarität eine Gesellschaft zusammenbindet, anstatt sie zu spalten.

IV. Mehr Selbständigkeit und weniger Staat – ein Erfolgsmodell für Schulen?

AUSGANGSFRAGE:

Obwohl es Modellprojekte für autonome Schulen in vielen Bundesländern gibt, haben die meisten Schulen in Deutschland wenig Spielraum, wenn es um Selbständigkeit und Profilbildung geht. Sie können zum Beispiel nur schwer selbst steuern, welche Lehrer_innen bei ihnen arbeiten oder wie und wo sie Ressourcen einsetzen. Gleichzeitig wirft der Wunsch nach mehr Autonomie die Frage auf, wo genau der Staat Verantwortung abgeben kann und wo er nach wie vor reglementieren bzw. verbindliche Rahmenbedingungen vorgeben muss. Wie sieht eine gute Balance zwischen Steuerung und Selbständigkeit aus? Welche Rolle spielt die pädagogische Freiheit von Lehrenden in diesem Prozess und wie kann sich Autonomie auf Personalentscheidungen auswirken?

THESEN UND IDEEN:

- ◆ Autonomie sollte eine Option, keine Verpflichtung für Schulen sein. Selbständigkeit lässt sich nicht erzwingen. Möglich wäre ein Stufenmodell für Autonomie.
- ◆ Schulkultur ist zentral, damit Autonomie gelingen kann.
- ◆ Kein Top-Down-Verfahren bei der Autonomie, sondern alle Akteure einbinden.
- ◆ Eigene Budgets für Schulen ermöglichen; außerdem Qualifizierungs- und Beratungssysteme schaffen.
- ◆ Lehrer_innen leistungsgerecht bezahlen und/oder eine Bezahlung auf der Basis von Sozialindizes ermöglichen (z.B. mehr Geld für Lehrkräfte in sozialen Brennpunkten).
- ◆ Verbindliche Rahmenbedingungen und ausreichende Finanzierung durch den Staat. Eine radikale Autonomie kann es aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht geben.
- ◆ Der Staat muss Bildungsinhalte vorgeben und überprüfen, aber nicht in die Detailsteuerung eingreifen.
- ◆ Mehr Gestaltungsspielraum für Schulen bei der Stundentafel und bei Klassengröße. „Schulen sind schon sehr selbständig, nutzen ihre Freiräume aber kaum“

Die **MTO Psychologische Forschung und Beratung GmbH** in Tübingen berät u.a. öffentliche Institutionen wie Schulen bei Veränderungsprozessen. Schulleitungen werden durch Coaching unterstützt. Die Erfahrung von **Karsten Hammer**, Bereichsleiter Bildung, zeigt: Schulen können schon jetzt sehr selbständig arbeiten, aber sie nutzen ihre Freiräume extrem unterschiedlich („Der häufigste Einwand gegen mehr Autonomie lautet:

„Wir können doch nicht‘...‘Wir dürfen doch nicht‘...“). Hammer wies zum einen auf die Schlüsselposition von Schulleitungen bei der Selbständigkeit hin, zum anderen auf die Aufgabenvielfalt und auf Hindernisse („Schulleitungen sind zu sehr Manager und zu wenig Leader“, „Mitarbeitergespräche sind das wichtigste Personalführungsinstrument, aber viele Schulleitungen sehen sie kritisch“).

Die MTO GmbH ermuntert Schulen zur aktiven Personalentwicklung mit Feedbacksystemen für Lehrer_innen und entsprechenden Fortbildungen für Schulleitungen. So genannte schulscharfe Ausschreibungen, die in einigen Bundesländern jetzt schon möglich sind, helfen nach Ansicht der Expert_innen, das Schulprofil zu schärfen und eine bessere „Passung“ beim Personal zu erreichen. Kritisch hinterfragt wurde die Lehrkraft als Einzelkämpfer. Mit Blick auf Bildungsgerechtigkeit kritisierte Karsten Hammer eine zu selbständige Vorbereitung und Organisation von Unterricht: „Das Schulsystem leistet sich, dass jeder sein eigenes Ding macht. Unterrichtsqualität darf aber nicht von der einzelnen Lehrkraft abhängen.“ Hammer plädierte stattdessen für klare Qualitätsvorgaben und Unterrichtsgestaltung in Teamstrukturen.

„RELATIVE AUTONOMIE UNTER KLAREN RAHMENBEDINGUNGEN“

Autonome Schulen können keine abgekoppelten Lern- und Lehrorganisationen sein, sondern ihre Entwicklung kann sich nur im Rahmen staatlich definierter Bildungsziele und auf der Basis demokratischer Grundwerte vollziehen. **Helmut Krebs, Grund- und Hauptschullehrer i.R.**, plädierte in diesem Zusammenhang für verbindliche Bildungsziele im Rahmen der Aufklärungsideen (Sozialisation und Individuation) sowie für deren Überprüfung durch zentrale Prüfungen, Vergleichsarbeiten und statistische Erhebungen zum Leistungsniveau der Schüler_innen. Mit Blick auf die zentrale Rolle der Lehrerpersönlichkeit für den Bildungserfolg (siehe u.a. Hattie) hält Krebs die pädagogische Freiheit der Lehrkraft für unerlässlich. Nötige staatliche Regulierung bei einer autonomen Schule muss also demnach vor der pädagogischen Freiheit Halt machen („Zur pädagogischen Freiheit gehört auch die Methodenfreiheit“). Die Lehrkraft als bloßen „Lernbegleiter“ lehnt Krebs ab. Diese Abwertung des Unterrichtenden zerstöre das Fundament der Schule.

Die „relativ autonome Schule“ braucht nach Krebs' Erfahrungen Stellschrauben, um geeignete Lehrer_innen zu finden und ungeeignete loszuwerden. Seine Empfehlung: Mehr Gestaltungsspielräume bei Einstellung und Entlassung, Beamtenstatus abschaffen und leistungsbezogene Bezahlung nicht länger tabuisieren.

CHANCEN UND RISIKEN

Die **DISKUSSION** fokussierte sowohl die Chancen selbständiger Schulen (u.a. bessere Profilbildung, gutes Schulklima, Kompetenz mit Blick auf die Bedürfnisse vor Ort) als auch mögliche Risiken (Gewinner- und Verliererschulen, Bildungsungerechtigkeit durch Auswahl von Schüler_innen, Einfluss von „Marktmechanismen“ auf autonome Schulen). Klar wurde, dass es weiter Kontrollmechanismen geben muss, um Missbrauch zu verhindern („Der Staat darf nicht die Diktatur eines Schulleiters riskieren“). Als Voraussetzung

für Autonomie wurden auch demokratische „Kontrollinstanzen“ innerhalb der Schule genannt, etwa der Personalrat. Eine weitere Möglichkeit wäre eine erweiterte Mitsprache z.B. der Schulkonferenz und der Eltern.

Beim Thema Personalauswahl und -entwicklung wurde deutlich, dass es gerade mit Blick auf die autonome Schule Reformen braucht. Kontrovers wurde über die Abschaffung des Beamtenstatus' diskutiert. Konsens herrschte darüber, dass die bisherige Praxis, ungeeignete Lehrer_innen nur in Ausnahmefällen entlassen zu können, ein Dilemma für Schule und Schulaufsicht darstellt („Wir dürfen Schüler_innen nicht 30 Jahre lang eine schlechte Lehrkraft vorsetzen. Aber niemand hat den Mut, das zu entscheiden“). Eine mögliche Lösung wäre, Lehrer_innen zunächst befristet einzustellen. Gleichzeitig wurde klar, dass solche Vorstöße wegen des Lehrermangels in fast allen Bundesländern zurzeit kaum Wirkung entfalten dürften.

V. Das digitale Klassenzimmer

AUSGANGSFRAGE:

Digitalisierung gilt als eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft. Auch die Schulen reagieren auf die digitale Revolution. Dabei geht es nicht nur um technische Ausstattung und Know-how, sondern um die alte pädagogische Frage, wie Kinder am besten lernen. Wie können digitale Medien im Unterricht sinnvoll eingesetzt werden? Wie lernen Schülerinnen und Schüler, sich versiert in der digitalen Welt zu bewegen, ihre Mechanismen aber auch kritisch zu hinterfragen? Kann digitale Bildung für mehr Bildungsgerechtigkeit sorgen – oder verschärft sie bestehende Unterschiede noch?

THESEN UND IDEEN:

- ◆ Ziel digitaler Bildung ist der digital mündige Schüler.
- ◆ Schule soll junge Leute befähigen, die digitale Revolution mitzugestalten, anstatt sie nur zu beobachten.
- ◆ Digitale Bildung kann vielfältige Lernzugänge und neue Lernformen ermöglichen. Basis dafür ist eine gute Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte, aber es fehlt ein schlüssiges und finanzierbares Konzept.
- ◆ Für digitale Bildung muss kein neues Schulfach geschaffen werden, sondern sie muss interdisziplinär betrachtet werden.
- ◆ Für digitale Bildung brauchen alle Schulen eine gute technische Ausstattung. Der vereinbarte Digitalpakt reicht dafür allein nicht aus.

KOMPETENZEN FÜR DIE DIGITALE WELT

Der **Chaos Computer Club** berät mit seinem Projekt „Chaos macht Schule“ Schulen in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Häufig fragen Schulleitungen die Expert_innen an, damit sie mit Lehrkräften und Schüler_innen über Medienkompetenz und Datenschutz sprechen. Der Fokus der aktuellen Debatte (etwa über den 5,5 Milliarden Euro schweren Digitalpakt) liegt nach Ansicht von **Benjamin Schlüter** vom Chaos Computer Club Berlin zu sehr auf der Technik. Zwar sei eine gute technische Grundausstattung Voraussetzung für digitale Bildung, zentral sei aber die digitale Mündigkeit von Schüler_innen: „Sie sollen offen sein für Technik, die digitale Welt verstehen - aber auch in der Lage sein, sie zu hinterfragen.“ Dazu gehört nach Ansicht des Chaos Computer Clubs Hintergrundwissen: Nach welchen Regeln funktioniert das Netz? Was ist das Geschäfts-

modell von Instagram und Co? Was passiert mit meinen Daten? Wohin führt es, wenn ein Unternehmen wie Cambridge Analytica Daten über Facebook abgreift? Die Bildungspolitik hat nach Ansicht des Chaos Computer Clubs zwar erkannt, dass Schule auf die digitale Entwicklung reagieren muss, hinkt in ihren Entscheidungen aber weit hinterher: „Smartphones und soziale Netzwerke gehören zur Schüler-Lebenswelt. Der Unterricht hat sich trotzdem kaum verändert.“

DIGITALISIERUNG ALS CHANCE, SCHULE NEU ZU DENKEN

Die **Medienpädagogin Kristin Narr** bewegt sich an der Schnittstelle zwischen Bildung und Digitalem. Sie berät Schulen unter anderem zu den Themen partizipative Medienbildung, Open Educational Resources (OER) und digitale Jugendbeteiligung. Dabei geht es um Formen, Konzepte und Methoden, junge Menschen möglichst früh an der digitalisierten Gesellschaft zu beteiligen, aber auch kritisch reflektieren zu lassen.

Für Kristin Narr bietet Digitalisierung eine Chance für andere Lernsettings und neue Formen der Zusammenarbeit. Die aktuelle Debatte um digitale Bildung fokussiert auch aus ihrer Sicht zu sehr auf Technik, „auf Geräte und Tools“, anstatt das Lernen neu zu denken. „Viele Lehrkräfte wollen das, was sie schon immer gemacht haben, jetzt digital fortführen. Das reicht bei weitem nicht aus.“

COMPUTERSPIELE GELTEN IMMER NOCH ALS BÖSE

Die **DISKUSSION** nahm die von vehementen Kritikern vorgetragenen Bedenken gegen digitale Bildung in den Blick (Stichwort „Digitale Demenz“, Prof. Manfred Spitzer). Dabei wurde die Forderung nach einer Schule als „Schutz- und Schonraum“ ohne digitale Bildung zurückgewiesen („Schule war noch nie ein Schonraum, sondern immer eine Herausforderung, Neues zu begreifen“). Die gesellschaftliche Funktion der Schule bekomme vor dem Hintergrund der Digitalisierung noch einmal mehr Gewicht: „Wenn Schule ihre Schülerinnen und Schüler nicht aufklärt, nicht professionell begleitet: Wer dann?“

Hingewiesen wurde auf die skeptische, medien-kritische Haltung vieler Eltern. Ein Teil wünsche sich Schule als Ort, an dem ihre Kinder „nicht auch noch vor dem Bildschirm sitzen“. Viele Lehrer_innen wiederum, so das Fazit, scheuten die Auseinandersetzung mit Eltern. Beklagt wurde eine teils ideologische Haltung beim Thema digitale Medien: „Warum gelten Playstation und Computerspiele immer noch als böse?“

Die Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern spielt bei der Digitalisierung eine entscheidende Rolle – auch mit Blick auf Bildungsgerechtigkeit („Sie darf nicht davon abhängen, ob Schulen technikaffine Lehrer haben oder nicht.“) Bisher fehlen aber schlüssige Konzepte für die Aus- und Weiterbildung. Außerdem brauchen Schulen neben gut ausgebildeten Pädagog_innen Expertinnen und Experten für den Einsatz digitaler Medien, die Hard- und Software betreuen und Lehrer_innen dadurch entlasten. Schule, so ein Resümee, sollte digitale Bildung nicht an einzelne Fächer oder Lehrkräfte binden, sondern sie als Querschnittsaufgabe begreifen.

Als Chance der Digitalisierung wurden neue Unterrichtsformen bis hin zu einer Abkehr von bisherigen Lernstrukturen genannt: Muss es noch zwingend Klassenverbände geben? Schüler könnten in unterschiedlichem Lerntempo auf ihren Schulabschluss hinarbeiten; Digitale Medien könnten eine radikale Individualisierung des Lernens ermöglichen – und im Idealfall damit auch zu mehr Bildungsgerechtigkeit beitragen. Digitale Bildung soll aber auch in Zukunft Schule nicht als Lern- und Lebensraum mit sozialen Beziehungen ersetzen.

VI. Wer bildet da eigentlich aus?

AUSGANGSFRAGE:

Eine zentrale Erkenntnis nationaler wie internationaler Bildungsforschung lautet: Entscheidend ist, wer vorne steht. Lehrerinnen und Lehrer beeinflussen den Lernerfolg von Kindern und Jugendlichen durch ihre Persönlichkeit und ihre Professionalität. So banal dieses Fazit klingt, so komplex sind die Fragen, die sich daraus ergeben: Wie muss sich die Ausbildung verändern, um auf aktuelle Herausforderungen wie Heterogenität und Digitalisierung zu reagieren? Welche Folgen haben Quereinstiege in den Beruf in Zeiten des Lehrer_innenmangels? Brauchen wir Assessment-Center und/oder mehr Beratung, um die „Richtigen“ für den anspruchsvollen Job zu finden?

THESEN UND IDEEN:

- ◆ Die Lehrerausbildung an den Universitäten passt oft nicht zu den Bedürfnissen der Schulen. In der Mathematik werden z.B. talentierte Pädagogen aussortiert, weil sie den Anforderungen nicht genügen. Brauchen wir wieder pädagogische Hochschulen?
- ◆ Partizipation und Demokratiebewusstsein brauchen engagierte und gut ausgebildete Lehrkräfte. Sind sie z.B. im Umgang mit Heterogenität geschult, kann Diversität zum Innovationsmotor für Schulen werden
- ◆ Methoden der Selbstbeurteilung von Schüler_innen sollte in der Ausbildung stärker verankert werden, ebenso die Portfolio-Arbeit; innovativ wäre auch ein Schüler-Feedback für Lehrerinnen und Lehrer.
- ◆ Assessment-Center für angehende Lehrkräfte sind in ihrer Wirkung zwiespältig – gerade in Zeiten des Lehrer_innenmangels. Besser ist eine gezielte Beratung und Begleitung vor und während der Ausbildung.
- ◆ Man lernt besonders viel aus Fehlern. Die Schule sanktioniert sie aber. Es braucht neue Konzepte für angstfreies Lernen.

„VERKEHRTE PERSPEKTIVE“

Maike Plath hatte viele Jahre als Lehrerin in Schleswig-Holstein gearbeitet, bevor sie an eine Hauptschule in Berlin-Neukölln wechselte. Plötzlich funktionierten die herkömmlichen Methoden nicht mehr. Sie selbst beschreibt das so: „Mir wurde klar: Wenn ich mit diesen Schülerinnen und Schülern erfolgreich arbeiten will, muss ich fast alles vergessen, was ich gelernt habe. Meine Perspektive stimmte nicht mehr.“

Die Theaterpädagogin entwickelte eine partizipative, biografische Methodik, mit der Jugendliche künstlerische Prozesse selbst gestalten können – und damit sichtbar machen, welche Themen ihnen wichtig sind. Maike Plath spricht vom „Mischpult-Prinzip“. Im Unterricht arbeiteten die Schüler_innen unter anderem mit einer so genannten Veto-Karte. Damit konnten sie Mitarbeit auch verweigern – eine Methode mit doppelter Wirkung: Zum einen gab Maike Plath Verantwortung an die Jugendlichen zurück. Zum anderen zeigten ihr die Reaktionen, welche Themen die Jugendlichen wirklich interessierten und bewegten. „Am Anfang war Chaos“, resümiert die Pädagogin. Aber nach und nach begannen die Jugendlichen, sich und ihr Lernen selbst zu steuern.

Doch Maike Plath und ihre neuen Methoden stießen im öffentlichen Schuldienst an Grenzen. Deshalb gab sie 2013 ihren Beamtenjob auf und ist seitdem als freiberufliche Theaterpädagogin im Leitungsteam des **Vereins „Act“** („Führe Regie über dein Leben!“) tätig. Auch dort arbeitet sie nach dem Mischpult-Prinzip, das an die Biografien und individuellen Startvoraussetzungen aller Beteiligten anknüpft.

Maike Plath wirbt für mehr Demokratie und Mitbestimmung in der Schule, für ein Miteinander von Schüler_innen und Lehrer_innen und für das Lernen in einem „herrschaftsfreien Raum“. Sie glaubt, dass Notengebung mit diesem Ansatz nicht vereinbar ist: „Viele Lehrer_innen fürchten, ohne Noten die Kontrolle zu verlieren. Ich habe genau das Gegenteil erlebt.“

„MITGESTALTEN STATT KONSUMIEREN“

Hermann Werle und **Susanne Jark** arbeiten und lernen an der Berliner „**Schule für Erwachsenenbildung**“ (SfE), sie als Schülerin, er als Lehrer. Die alternative Schule wird von Schüler_innen und Lehrer_innen selbst verwaltet und bereitet auf den Realschulabschluss oder das Abitur vor. Gelernt wird zunächst ohne Noten, die Prüfungen nimmt am Ende eine externe staatliche Prüfungskommission ab. Finanziert wird die Einrichtung vom Schulgeld der Schüler_innen. Sie entscheiden gemeinsam mit den Lehrer_innen über alle Dinge, die die Schule betreffen, auch über das Personal. Die SfE wird als Verein geführt, in dem Schüler_innen und Lehrer_innen in den zweiwöchig stattfindenden Vollversammlungen gleichermaßen stimmberechtigt sind. Lehrer_innen müssen ein Studium absolviert haben, um an der SfE zu arbeiten, aber das Staatsexamen ist keine Voraussetzung.

Die Schüler_innen sind bis auf wenige Ausnahmen volljährig. Viele sind in der Regelschule gescheitert, und die SfE ist nach Einschätzung von Hermann Werle für sie „die letzte Hoffnung auf einen Abschluss“. Die Ursache für das Scheitern an staatlichen Schulen sieht er unter anderem im hohen Druck auf die Schüler_innen: „Der Lernprozess ist im staatlichen System immer an Leistungskontrolle und Noten gebunden, zumindest empfinden die Schülerinnen und Schüler es so. Im Gegensatz dazu gewährleisten wir reine Lernsituationen, frei von Noten- und Konkurrenzdruck.“

Nach den Erfahrungen der Lehrer_innen wird an der SfE die Motivation zum Lernen nicht über Zensuren erreicht, sondern über die Erfahrung, selbständig zu arbeiten und

die eigene Leistung zu bewerten. Die Schule setzt konsequent auf Selbsteinschätzung der Schüler_innen und intensive Rückmeldung durch die Lehrer_innen. Ihre Rolle an der SfE beschreibt Werle so: „Wir verstehen uns als Lernbegleiter und wissen nicht alles besser.“ Die Schüler_innen wiederum sollen den Unterricht aktiv mitgestalten. Im Prinzip „Beteiligung statt Konsum“ sieht Schülerin Susanne Jark eine gute Vorbereitung auf das, was nach dem Abschluss kommt: „Die Arbeitswelt erwartet Flexibilität und selbständiges Denken. Genau das lernen wir hier.“

PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULE STATT UNI?

Die **DISKUSSION** fokussierte zunächst die Funktion von Leistungsrückmeldung durch Noten. Neben Sozialisation und Demokratieerziehung erfüllt das Schulsystem traditionell auch die Aufgabe von Selektion und Allokation. Ohne Noten entfielen diese Funktion bzw. würde auf nachfolgende Institutionen verschoben: „Es kann eine Schule ohne Zensuren geben. Dann aber werden Hochschulen und Unternehmen eigene Kriterien entwickeln und selbst auswählen.“ Die vermeintlich „gerechtere“ notenfreie Schule könnte also am Ende mehr Selektion und weniger Bildungsgerechtigkeit erzeugen: „Wer Geld hat, bereitet sich mit teuren Kolloquien auf die Hochschulaufnahme vor, andere schaffen es nicht. Das kann nicht das Ziel sein.“

Dennoch sind Schulen mit alternativen Bewertungssystemen möglich und als Innovation wünschenswert. Viele Einrichtungen arbeiten bereits jetzt erfolgreich mit Gutachten und anderen Formen von Feedback.

Mehr Partizipation und Demokratieerziehung, wie sie etwa an der SfE und im Verein „Act“ praktiziert wird, braucht engagierte und gut ausgebildete Lehrer_innen. Wenn sie geschult sind für den Umgang mit heterogenen Klassen, kann Diversität zum Innovationsmotor für Schulen werden. Das bedeutet zum Beispiel, dass Pädagog_innen im Unterricht mehr an die unterschiedlichen Alltagserfahrungen von Schüler_innen anknüpfen müssen. Erfolgreiche individuelle Förderung setzt Methodensicherheit bei Lehrer_innen voraus - beispielsweise in der Portfolio-Arbeit, mit der Lernfortschritte von Schüler_innen dokumentiert werden. In der Lehrer_innenausbildung sollte außerdem die Selbstbeurteilung individueller Leistung durch Schüler_innen noch mehr verankert werden. Auch erweiterte Formen der Schüler_innen-Partizipation wären wünschenswert – etwa ein Schüler_innen-Feedback für Lehrkräfte, wie es an den Hochschulen seit langem üblich ist.

Am Beispiel Mathematik wurde deutlich, dass die Anforderungen der Hochschulen mit der Realität im Klassenzimmer häufig kollidieren. „Warum müssen etwa Grundschullehrerinnen und -lehrer alle Facetten der Mathematik kennen?“ Ein weiterer Einwand lautete: „Lehrer sind so spezialisiert, dass sie Atombomben bauen könnten, aber nicht mehr erklären, warum sie gefährlich sind.“

Sinnvoll wäre es stattdessen – nicht nur in der Physik oder Mathematik – Studieninhalte im Lehramt besser mit den tatsächlichen schulischen Anforderungen abzugleichen. Da die Universitäten selbst kein Interesse daran haben dürften, wurde die Frage laut: „Brauchen wir wieder pädagogische Hochschulen für die Lehrerausbildung?“

Kontrovers diskutiert wurde die Frage nach Eingangsprüfungen bzw. Assessment-Center für Lehrer_innen bzw. Lehramtsstudierende. „Wir müssen nicht alle nehmen, die kommen“, lautete ein Pro-Argument. Andere Stimmen warnten davor: „Ein Assessment darf nicht zu einem Berufsverbot führen.“ Gegen Eingangstests sprach für die Mehrheit außerdem der akute Lehrer_innenmangel. Sinnvoller wäre eine gute Begleitung und Beratung der Studierenden vor und während der Ausbildung.

VII. Nix erreicht oder nur schlecht vermarktet?

AUSGANGSFRAGE:

Es ist ein häufig beklagtes Problem der Sozialdemokratie, dass es ihr selten gelingt, eigene Lösungsvorschläge und Erfolge gut zu vermitteln. Auch in der Bildungspolitik. Zwar bescheinigen Umfragen der Sozialdemokratie besondere bildungspolitische Kompetenz. Doch in der Praxis wird eines ihrer Kernthemen offenbar schlecht verkauft. Große Teile der Bevölkerung fürchten, dass sie bzw. ihre Kinder ihren Wohlstand verlieren. Die Angst, dass der Fahrstuhl nicht mehr nach oben fährt, führt zur Ablehnung von Veränderungen im Bildungswesen. Es ist schwieriger geworden, Menschen über Zeitungen und das Fernsehen zu erreichen. Gleichzeitig werden durch soziale Medien Echokammern geschaffen, welche die Erreichbarkeit mancher Bevölkerungsteile erschweren. Damit erhöht sich die Herausforderung, komplexe Sachverhalte und Entscheidungsprozesse zu kommunizieren.

Braucht es neue Strategien, um mit bildungspolitischen Erfolgen und Zielen wieder sichtbarer zu werden? Welche Wege der Vermittlung sind erfolgsversprechend? Was ist der sozialdemokratische Markenkern mit Blick auf die Schule der Zukunft?

THESEN UND IDEEN:

- ◆ Sozialdemokratie und Bildungskompetenz sind in der öffentlichen Wahrnehmung immer noch eng verbunden, bei Wahlen kann die Partei damit aber kaum punkten.
- ◆ Bei Regierungsbeteiligung der SPD in Bund und Ländern gibt es wenige bildungspolitische Erfolge, die den Sozialdemokraten zugeschrieben werden.
- ◆ Auf den großen sozialdemokratischen Themen der Vergangenheit (z.B. „Aufstieg durch Bildung“) kann sich die Partei nicht ausruhen. Sie muss neue (realistische) Ziele definieren bzw. alte Ziele und Visionen besser kommunizieren.
- ◆ Impulse für die Bildungspolitik können auf zwei Ebenen erfolgen:
 1. Ziele für die Schule der Zukunft formulieren
 2. Positiv-Beispiele und Bilder für erfolgreiche Bildungspolitik in der Gegenwart finden und kommunizieren

STORYTELLING UND ORIGINALITÄT BEI DER BVG

Am Beispiel der **Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)** lässt sich zeigen, wie man mit originellen und überraschenden Ideen bei den Kundinnen und Kunden punkten kann. Über Social Media-Kampagnen mit tagesaktuellen Bezügen, einer Portion Selbstironie und

der Methode des Storytelling gelang es den BVG, ein positives Image zu kreieren. Dabei war der Ausgangspunkt für ein Umdenken der aktuellen Situation der SPD nicht ganz unähnlich. „Wir wurden sehr lange nicht gehört. Unsere Hauptzielgruppe, die 19- bis 30-Jährigen, erreichten wir nicht mehr“, konstatierte BVG-Abteilungsleiter Marketing, **Frank Büch**.

Um die Ursachen zu ergründen, wechselten die Expertinnen und Experten die Perspektive. Sie überlegten, wie die BVG, wäre sie ein Mensch, für ihre Kundinnen und Kunden wohl aussähe. Der ernüchternde Befund: „55 Jahre alt, dicker Bauch, Ärmelschoner.“ Dieses Bild konnten die Verkehrsbetriebe mit Hilfe ihrer Marketing-Kampagnen erfolgreich korrigieren. Voraussetzung für den Erfolg: Authentizität und Übereinstimmung von Selbstbild und Fremdbild. Deshalb warb die BVG (anders als etwa die Deutsche Bahn) nicht damit, für mehr Pünktlichkeit zu sorgen (Büch: „Das hätte mit den Erfahrungen der Kunden nicht übereingestimmt.“). Pünktlichkeit bleibt zwar ein betriebsinternes Ziel der BVG, wird aber nicht nach außen kommuniziert.

Die Strategieberaterin und Geschäftsführerin von **pollytix strategic research GmbH**, **Jana Faus** beschrieb ein Dilemma. Zwar zeigt sich in Umfragen, dass der Sozialdemokratie bei der Bildungspolitik immer noch hohe Kompetenz zugeschrieben wird, bei Wahlen zahlt sich das aber nicht aus. Faus wies auf die generelle Problematik hin, dass mit Bildungspolitik zwar Wahlen verloren, in der Regel aber nicht gewonnen werden. Als Beispiel nannte sie die Niederlage der rot-grünen Regierung in Nordrhein-Westfalen. Faus benannte auch parteiinterne Fehler und Defizite: Selbst in jenen Bundesländern, in denen die SPD mitregiere, seien bildungspolitische Erfolge oft nicht sichtbar. Das gleiche gelte für die SPD in der Großen Koalition. Ein weiterer Kritikpunkt: Die Partei stehe für erstrebenswerte Dinge wie Gesamtschulen, Inklusion, Gebührenfreiheit und Chancengleichheit in der Bildung, setze aber möglicherweise zu wenig auf Qualität – oder stelle das nicht gut genug nach außen dar.

ERREICHBARE ZIELE, STATT BILDUNGSUTOPIEN

In der **DISKUSSION** wurde u.a. die Forderung nach erreichbaren Zielen laut. Die Fokussierung auf eine „Bildungsutopie“, droht in der Praxis zu scheitern. Beispiel Ganztagschule: Zwar gilt die gebundene Form nach wie vor als Instrument auf dem Weg zu mehr Bildungsgerechtigkeit. Andererseits schreibt man damit ein Unterrichtskonzept vor, das Teile der Eltern/Kindern/Familien ablehnen. Bildungspolitische Ziele sollten neu justiert und priorisiert werden („Die kaputte Schultoilette hat eine höhere Relevanz als die Lernmittelfreiheit.“). Gleichzeitig gab es Warnungen, das Fähnchen nicht nach dem Wind auszurichten („Wir müssen an sozialdemokratischen Überzeugungen festhalten, auch wenn es unbequem ist.“ / „Wir können uns nicht nur daran orientieren, was die Mehrheit will.“). Um in der Bildungspolitik wieder als führende Gestaltungskraft wahrgenommen zu werden, könnten positive Bilder und Geschichten (Storytelling) helfen, die nach außen kommuniziert werden. Die Voraussetzung dafür: die Geschichten müssen glaubwürdig sein, also der Überprüfung in der Praxis standhalten („Die Berliner Parole ‚arm aber sexy‘ funktioniert in der Bildung nicht!“).

VIII. Schlusswort

Auf den vorigen Seiten finden Sie eine Zusammenfassung der Diskussionen, die die Friedrich-Ebert-Stiftung im Rahmen ihres Formats „Zukunftsforum Schule“ geführt hat. Von der Ausbildung der Lehrer_innen über die Digitalisierung bis hin zur Selbstständigkeit von Schulen. Wir haben versucht, einen Ort kontroverser Debatten und für die Entstehung neuer Ideen zu bieten. Wie bei allen guten Debatten haben auch wir keine schlussendlichen Lösungen im Angebot. Bildungspolitische Diskussionen entwickeln sich weiter, sind lebendig und passen sich wie gute Schulen den wechselnden Bedarfen der Schülerinnen und Schüler an.

Insofern ist die Debatte zu keinem Ende gekommen. Im Gegenteil. Wir laden Sie ein, sich weiter an den bildungspolitischen Diskussionen der Gegenwart zu beteiligen – am besten in und bei den Formaten der Friedrich-Ebert-Stiftung. Besuchen Sie gerne unsere Veranstaltungen und lesen Sie unsere vielfältigen Publikationen. Alle Informationen finden Sie auf unserer Homepage: <https://www.fes.de/themenportal-bildung-arbeit-digitalisierung/bildung>

Juckt es Sie selbst, in den Fingern und wollen Sie sich mit einem eigenen Beitrag beteiligen? Wir laden Sie herzlich ein, Beiträge für unseren neuen bildungspolitischen Blog, Friedrichs Bildungsblog, zu schreiben. Sie finden den Blog unter www.fes.de/bildungsblog. Ob Lehrerin oder Lehrer, Bildungswissenschaftlerin oder –wissenschaftler, Schülerin oder Schüler, politisch Aktive oder engagierte Eltern: Wenn Sie eine streitbare Meinung zu aktuellen bildungspolitischen Debatten haben und sich im Rahmen eines Blogbeitrags beteiligen möchten, besuchen Sie unseren Blog und nehmen Sie Kontakt zu uns auf. Ich freue mich auf den Austausch mit Ihnen und das gemeinsame Arbeiten an einer guten Zukunft für unsere Schulen.

Dr. Martin Pfafferott
Leiter Bildungs- und Hochschulpolitik

Kontakt: martin.pfafferott@fes.de

Folgen Sie uns auch auf twitter.

